

Ersteinstufige
nachmitt. mit Ausnahme
des Sonntags und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 2.50 Mk.
jährlich 4.50 Mk.
Wird die Post bezogen
1.00 Mk. zuzü. Beleggeb.

Die Neue Welt
(Wochenblatt)
durch die Post nicht abgeh.
kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Verlag von Nr. 1047.
Gesamh.-Brosch.
Verlagsdruck. Halle/Saale.



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

Ein Partei-Ausschuß.

II.
Manche Parteigenossen suchen die Ursache dafür, daß die Parteileitung nicht befriedigt, in den Personen der Parteivorstandsmitglieder. Weibel und Singer würden zu alt, es müßte frischer Blut dem Parteivorstand zugeführt werden. Mehr oder weniger verstimmt klingt diese Auffassung aus recht vielen Mündern über neuerdings stattgehabte Parteiverfassungen. Die Tatsache, daß die genannten Parteiführer nicht nur im höchsten sondern auch im billigen Sinne alt werden, braucht nicht bestritten zu werden. Die Idee des Sozialismus und das Wirken für ihn erhält zwar den Menschen frisch, den Befehlen der Natur sind aber auch wir Sozialdemokraten unterworfen; und unweigerlich müde es, wollen wir daraus lernen in aufrechter Arbeit für die Partei ergrünter Führer einen persönlichen Vorwurf machen. Weibel und Singer als Vorsitzende des Parteivorstands durch andere Parteigenossen zu ersetzen, daran denkt im Ernst wohl keiner von denen, die mit dem Verfallten dieser beiden Genossen in einigen wichtigen Parteigeschehnissen nicht einverstanden sein konnten. Nicht, daß Weibel, Singer und die andern Mitglieder des Parteivorstands mit zunehmendem Alter möglicherweise oder tatsächlich ihre Auffassungen über die einzuschlagende Parteipolitik ändern und daß diese geänderte Auffassung derjenigen nicht entspricht, die von der Mehrheit des jüngeren Parteieinwohners gewünscht wird, nicht b e i e r l e u n g e r z u g t die aufsteigenden Differenzen und Abzweigungen, sondern viele erwachen aus der Lethargie, daß der Parteivorstand mit zunehmender Größe der Partei sich in gewissem Sinne und ganz naturgemäß geändert hat.

Jahresbeleg und namentlich unter dem Ausnahmegericht, aber auch lange noch nach Fall bestanden, hatte unser Parteivorstand fast absolute Gewalt. Was er tat oder nicht tat, galt unbedenklich als richtig. Er genoß unbegrenztes Vertrauen, und die Gewißheit, daß er in jedem Falle das Rechte treffen, stand bei den Parteigenossen unerschütterlich fest. Das die „Jungen“ in Ernst so scharf abgelehnt wurden, daß auch Delegierte für ihren Ausschluß stimmten, die durch persönliche Sympathien mit Werner und dessen Freunden verbunden und mit manchem, was sie sagten, einverstanden waren, das war nicht um geringen Teile der Tatsache auszuführen, daß die „Jungen“ gegen die Personen Liebenowitsch, Weibel, Singers und Auer vorgingen waren und die Parteigenossen darin geradezu einen Parteirat erblickten. Einmal die Anwesenheit dieser vier Genossen, die der Partei durch das Schweregefüg aufzuweisen waren, was das andernmal die Erfahrung, daß die genannten Führer in den schwersten Stunden einen überaus wichtigen Feinde gegenüber stützten, entschlossenheit und Zuversicht, das Schlimmste von der Partei abzuwenden und zu bekämpfen hatten — beides hatte in den Parteigenossen das absolute, uneingeschränkte Vertrauen zu den obersten Parteiführern reifen lassen. Nicht mit Unrecht! — Wie das „Roma locuta est“ (Rom hat gesprochen) bei den gläubigen Katholiken jede Streitfrage gegenstandslos machte, weil manmehr jeder sich nach dem zu richten hatte, was vom Papst gesagt

worden war, so wichte noch jahrelang nach Fall des Sozialistengesetzes das Wort: „Der Alte (Liebenowitsch) hat's gesagt!“, „August (Weibel) will es!“ in gleicher Weise. — Das unbegrenzte Vertrauen der Parteigenossen zu den Maßnahmen der Parteileitung, das wort- und widersprüchliche Sichfügen in die Anordnungen des Parteivorstands charakterisierte das Parteileben bis Mitte der neunziger Jahre.

Dann hat sich eine Aenderung vorbereitet und noch und noch vollzogen. Nicht daß das Vertrauen zu Weibel und Singer als den Lehrgängern der Parteileitung verschwinden oder vermindert wäre! We aber das Kind, wenn es erwachsen ist, seinen Eltern anders gegenübersteht als in den Jugendjahren, wie es zwar auch im vorerwähnten Alter noch volles Vertrauen zu den Eltern besitzt, aber sich trotzdem nicht mehr ohne weiteres deren Anordnungen fügt, wie es vielmehr unter Umständen — und schließlich der unabweierlichen persönlichen Verantwortung — in strengem Gehorsam zu dem elterlichen Willen tritt, so mag sich auch die erstarrte Partei nicht mehr in früherer Weise vom Parteivorstand leiten lassen, sondern sie fordert bei allen Klämen das demokratische Mitbestimmungsrecht. Und sie empfindet die Verletzung dieses Mitbestimmungsrechts auch dann unangenehm, wenn sie mit einer vom Parteivorstand ergriffenen Maßnahme an sich völlig einverstanden ist. Die Partei will nicht mehr regiert sein; sie will sich selbst regieren.

Es könnte hierauf entgegenge werden, das welche doch durch die Parteitage. Aber dieser Einwurf trifft nicht das Richtige. Unsere Parteitage sind unser Legislativ, unsere gesetzgebende Körperschaft. Neben ihr gibt es noch die Exekutive, die ausführende Parteileitung. Und die Verwaltungstätigkeit, die Ausführung der Beschlüsse, ist nicht minder wichtig. Von ihr ist daher die Partei ausgeschlossen; sie möchte diesen Zustand beibehalten. Der Zustand wird nicht beibehalten werden durch Verneinung der Mitbestimmungsrechte des Parteivorstands, auch nicht, wie Ständen vorgeschlagen hat, durch Vertikalisierung, die ja vielmehr zweckmäßig wäre, sondern lediglich durch Einführung eines Parteiausschusses als der mittelbarsten Verwaltungsvorsteherschaft.

Während jetzt Maßnahmen des Parteivorstands nur allzu leicht Opposition nachrufen, würden sie, wenn sie sich auf die Bestätigung durch den Parteiausschuß stützen könnten, wie das alte „Roma locuta est“ wirken. Das demokratische Bewusstsein ist in unserer Partei erstarrlich fest geworden. Man sieht leicht gegen die Behauptung zu sprechen, aber in Wirklichkeit ist dies anders. Die Partei will sich selbst verwalten; und sie fügt sich allzu, selbst wenn sie mit einer Maßnahme nicht recht einverstanden sein sollte, wenn sie nur weiß, ein Beschluß ist durch die Mehrheit der Vertreter aller Bezirke, vom Parteiausschuß, gefaßt worden. Es ist nicht Zufall, sondern entspricht der demokratischen Psychologie, daß in allen Gewerkschaften und Genossenschaftlichen der Ausschuss die Weisung erteilt, anfangs gegen den Vorstand bildet. Insofern könnte so schon unser Kontrollkommission als Ausschuss angesehen werden. Da ihr aber manche Funktionen nicht zugehen, die dem von uns beantragten Parteiausschuß

eingeräumt werden sollen, auch die Zahl der Kontrollreue viel zu klein ist, als daß in allgemeinen Verwaltungsaangelegenheiten seine Beschlüsse die glättende Wirkung ausüben könnten, da einem Ausschusse des etwa 60 bis 75 Köpfe starken, aus allen Teilen des Reichs erwählten Parteiausschusses zu eigen sein würde, ist die Kontrollkommission eben nicht in stande, der Parteiausschuß zu ersetzen. Wir denken nicht daran, die Institution der Kontrolle abzuschaffen. Aber wir verhehlen nicht: Würden wir vor die Wahl gestellt, entweder die Kontrollreue zu behalten und auf Einführung des Partei-Ausschusses zu verzichten, oder diesen zu bekommen unter Fortfall der Kontrolle, daß wir uns dann ohne jedes Zaudern für die letztere Eventualität entscheiden würden. Lieber einen Parteiausschuß ohne Kontrolle, als beide ohne jenen. Doch dieses entweder oder kommt, wie gesagt, gar nicht in Frage. Beide Institutionen sollen nebeneinander bestehen. Und wenn in dem Antrage (dritter Absatz) gesagt ist, die Kontrollreue sollen sich zusammenziehen aus dem Parteivorstand und 60 bis 75 Delegierten, so mag hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß dabei die Kontrolle dem Parteivorstand zugesetzt werden können.

Daß die Einführung eines Parteiausschusses die Machtbefugnisse, das Ansehen oder den Einfluß des Parteivorstands nicht vermindert, geht aus alledem hervor. Würden wir eine solche Verminderung im Parteinteresse für nötig halten, so würden wir das offen aussprechen und erstreben. Das ist aber nicht der Fall. Viel näher läge die Befürchtung, die persönliche Autorität unserer alten Parteiführer und ihrem tätigen Geschehen könne es gelingen, den Parteiausschuß in manchen Fragen bezweifelhaft und Beschlüsse dahin zu bringen, die dem Gros der Genossen nicht nach Wunsch sind. Es gibt Gegenwärtig von Weibeln. Aber auch das wäre fürchten wir nicht. Denn ebenso verfährt der Parteivorstand bei seinen Beschlüssen, wenn keine Mehrheit vorliegt. Und es hat also keinerlei Anlaß, in den Konferenzen mit einem andern Mittel als rein sachlichen Gründen zu operieren. Sollten aber trotzdem die Konferenzen auf Grund des Einflusses unserer Parteivorstands Beschlüsse fassen, die der Masse der Genossen nicht einmündig sind, so würde im nächsten Jahre der Parteivorstand sicherlich einen anderen zusammengehörigen Ausschuss gegen überliehen.

So spricht nichts gegen die Einführung eines Parteiausschusses, wohl aber lassen viele wichtige Ermüdungen ihn erscheinen als ein naturgemäßes Glied in der Entwicklung unserer Parteileitung und unserer Parteiverwaltung.

(Schluß folgt.)

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 27. August 1906.

Die preussische Gnade.

Die silberne Hochzeit des Kaiserpaars und die Geburt eines preussisch-deutschen Kronprinzen haben einen Teil der loyalen Preise Gelegenheit zu wehmütigen Betrachtungen über das Ausbleiben einer Amnestie gegeben, die „in dynastischem

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

21.
Die Waltheimlein glaubte: Sie will uns schonen. Sie meint, wenn sie's gleich herausplatzt, so wird's uns zu sehr anstreifen. Aber hier ist's ja und ja? Woher's sein, was es will. Ich will nicht gehorcht sein. Ich hab's aus, es mag sein, was es will.

Der Weberin Verlegenheit wuchs mit der Erwartung der Frauen von der Wichtigkeit ihrer Nachricht, da sie selber in eben der Stellung ihr immer unbedeutender erschien. Deshalb wurde durch längeres Hören nur noch schlimmer; deshalb sagte sie sich ein Herz, treulich nur eins, wie die kleine neue schmale Weberin aus der Weidenage sich ein lassen konnte, und begann mit fast geschlossenen Augen: „Ach, wo ein Arm oder Bein an schwerigen beiden tut, hat er meinen getraut. Und ob einer auf der Stelle tot bleiben tut, wenn man ihn mit einem Bein an die Schellen tut.“

„Der Weberin“ sagte sie, „was mich, wie lang, her, hat meiner Frey nämlich. Ich war nicht, wie lang, her, hat meiner gesagt, daß er mich so hat getraut. Der Weberin Frey nämlich. Da hab' ich gemeint, weil's nur meiner ist gewest; du weicht auch viel, was lang ist und was kurz. Denn ich hab' gedacht: wann soll er so getraut haben, als die letzten Tag?“

„Ja“, sagte die Fischerin entsetzt, „denn warum? Mit 'ten Dingen ist er erst in der letzten Zeit umgegangen. Das kann höchstens vierzehn Tag sein gewest.“

„So?“ meinte die Waltheimlein. „Und das weiß die Was-Schneiderin auch so gewest? Also der Mensch kann nicht schon früher solche Ding haben verlost, wie er jetzt verlost wird? Da an diesem Fenster hab' ich gesehen und den wein Finger von der weinigen Hand hat ich aufgesetzt, wie man's geist, hier ist's ja und ja, es wird gar viel getan, was nicht gleich herauskommt.“

„Zum Beispiel“, schaltete die Fischerin ein, „es gesehen Brand.“

„Und Wollenbrück“, sagte die Weberin an.

„O! Was!“ erwiderte die Weberin; „ich hab's lang prophezeit, mit dem nimmt's die Weberin; ich hab's lang prophezeit.“

„Die Heulerlein hab' ich ihm schon angesehen“, sagte die Fischerin, „wie er noch nicht hat kommen lassen.“

„Das ist gewis“, meinte die Fischerin, „daß er nie Gut's hat im Sinn. Denn warum? Ein Mensch, der solche Ding getan hat und doch immer noch zu ermahnen gewisst, daß man meint, er hat ein gut Gemüt, das muß ein Erbfeind sein.“

„Denn warum?“ So einen Widerspruch kann man zutragen, daß er das Schlimmste hat getraut.“

„Das Was hat schon eine viel bestimmtere Welt, als sich die Erde abermals aufst. Und das war es wirklich selber, was nun bereitwillig, so lang und bager, mit Bögen, die nicht Entzehen ausdrücken, sondern das Entzehen selber waren.“

„Es war das schreckliche Was, welches sich nun in Gestalt der Worgenheimlein auf einen Erbstück fallen ließ und mit solcher Wucht nach der Erde zurück, daß sie damit die stürzlichen Weiber ansetzte.“

„Nur die Heiterethei lachte.“ „Denn der Weberin-Frey etwa selbst, Frau Worgenheimlein?“

„Die Worgenheimlein deutete etliche, ehe sie der Sprache mächtig wurde.“

„Nun mit her ist's da vom langen Bau an. Wenn's nicht schon hinter mir aus der Schindeln ist gegangen. Ich hab' mich nicht umgesehen vor Angst. Und es ist gewis noch drinnen. Und aussehn muß er, wie ein Weiden.“

„Aber, Was Worgenheimlein“, sagte die Waltheimlein lachschüttelnd, „wenn Ihr Entzehen nicht habt umgesehen, wie kommt Ihr wissen, wie das Ding hat ausgefallen?“

„Ich hab's gehört“, entgegnete die Worgenheimlein. „Zust, als wenn eine hinter mir lehren tut.“

Die Heiterethei wollte nachsehen, wer es wäre, aber die Frauen Hammeren sich an sie und ließen sie nicht hinaus.

„Wenn Ihr Euch eben umgesehen hättet, lachte sie weiter lachend, „meinetwegen.“

„Aber die Schindeln hätte sich's freilich ausgedacht, wie sie erst geheimnisvoll tun wollte und nicht eher reden, als bis die Weberin meinen müßte, obnähm zu sein. Dann aber wollte sie losbrechen und mit ihrer Nachricht über die Weberin triumphieren. Denn dieses Mal konnte die Weberin sie nicht überbieten. Aber die Angst vor dem Dinge, das ihr vorhergehelt, hatte den ganzen schönen Plan vereitelt.“

„Und noch obendrein sollte sie in ihrer Gefährlichkeit stehen bleiben, just wo sie am prominenten wurde. Draußen vor der geschlossenen Tür hätte sie etwas geäußert, hätte sie vorher. Es blieb zweifelhaft, sollte man es für die Flügelstöße einer

ellenen Laute oder für ein leises schauerliches Lachen er kennen.“

Die Schindeln verfluchte. Alle sahen entsetzt nach des Frey.

„Endlich beschwerte die Weberin: „wenn ein Wesen lachen konnte, so müßt es lachen.“

„Der Worgenheimlein war's“, lachte die Heiterethei. „Das laucht drängen. Weiden, ein Wunden war's nicht, wenn auch die Weiden anfangen zu lachen.“

„Es wäre leicht gemeiner, der Sache auf den Grund zu kommen. Man hätte nur nachsehen dürfen. Da die Heiterethei diesen Hieb, so ist mit Recht zu begreifen, ob sie wirklich dachte, wie sie sprach.“

„Jetzt hangen diese Gledendine durch das Gauen in den Weiden. Eins — zwei — drei — das ist schon Dein, Rein, es ist schon Ah. Und noch ein Schlag? Ist's möglich? Wohl! Aber um Gottes willen! Wo ist die Zeit bin? Es ist ja, als wäre das Dreck erst vom Dach hermitkommen. Aber länger bleiben kann man nun keine Minute. Das geht jede, und doch hat keine den Fuß aufzubrechen.“

„Man rettet sich vor sich wieder in das Bogen und mit Klauen hinein.“

„Ihr geht nicht Dorle!“

„Am Gottes willen, kleist morgen nur dahinein!“

„Daß die Zeit mich auslachen, wenn ich nicht geh? Und ich geh ja auch nicht“, lacht die Heiterethei. „Das ist mir viel zu niederträchtig. Ich lair.“

„Ach du lieber Gott, wenn ich den, wie jekt das Dorle so frisch und lebendig mit uns redt, und morgen —“

„Es mag! So wird Unkraut nicht über Nacht anfangen und werden.“

„Dorle! Dorle! wenn sie Euch morgen bringen!“

„Dumm Dorle, und nur weid ich bö!“ „Es kann jeder machen was er will. Und ich geh, und so ist's, und wir's fertig.“

„So leht noch, Dorle! Leht noch! Leht noch! Kopf auf, wie ich uns nicht wieder. Wenn Ihr tot seht, mit's Gaud, schon reu'n. Ach, das Gottes Wärmereizheit! Ihr seht schon so gut wie tot. Ihr seht ein tot Wäble und ihr bleibt ein tot Wäble! Und ob und ach! Leht noch, Dorle! Dorle, leht noch!“

(Fortsetzung folgt.)

„Prerogative“ erachtet und gewöhnlich worden war. Als dann der 17. März gegen den Abzug des Reiches durch die Annahme, die es als Anlaß der Geburt eines ersten Sohnes gewährte, dem König von Preußen ein nicht mehr missverständliches Beispiel gab, wurden in der bürgerlichen Presse abermals Stimmen laut, die auf dieses Beispiel hinweisend, ihrem Unmut lebhaften Ausdruck gaben. Dieser Vorgang — bei dem die Sozialdemokratie naturgemäß nur die Rolle der Zuschauerin spielte — kennzeichnet immerhin die in preußischen regierenden Kreisen herrschende Grundanschauung, die einst in dem gefälligen Worte „Barbon wird nicht gegeben!“ ihren Ausdruck fand.

Man merke es dem preussischen Gnadenlerche, der, kaum mehr erwartet, am letzten Sonnabend endlich doch erschienen ist, deutlich an, daß es das Ergebnis zweier Strömungen ist, die hart mit einander kämpfen. War auf der einen Seite durch die Haltung der Presse und besonders durch das schreiende Barburger Gegenbeispiel eine Situation geschaffen, die an Wichtigkeit greift, so muß auf der anderen Seite die Reingung Barbon zu gewöhnlich recht gering gemeint sein. Das Resultat war, das Privatpersonale, die wegen Verleumdung des Kaisers oder der kaiserlichen Familienangehörigen, in preussischen Gefängnissen sitzen, freigelassen werden. Militärpersonen, die sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht haben, bleiben ohne Gnade. Schwebende Prozesse gegen Militäre und Privatpersonen werden gleichfalls fortgeführt. Die Amnestie ändert nichts daran, daß vorgelegt aus dem Gefängnis entlassene Majestätsverbrecher als „vorbestraft“ gelten und wenn sie etwa rechtsfähig werden, härterer Bestrafung unterliegen. Der Gnadenlerche trifft fast ausschließlich gänzlich unpolitische arme Teufel, die in der Trunkenheit oder in einem unvorsichtig geführten Betrugsschwindel — preussische Wände haben Ohren — der Majestät des deutschen Kaisers genügt getreten sein sollen. Ohne Gnade bleiben natürlich die Opfer der preussischen Wahlrechtsbewegung, überhaupt jene sozialdemokratischen Arbeiter, die im politischen oder gesellschaftlichen Kampfe Opfer der Rechtsprechung geworden sind. — Das ist nun die preussische Amnestie!

Es fällt uns nicht ein, in den Ton der bürgerlichen Presse zu verfallen, die den Gnadenlerche als König von Preußen zu wenig gnädig findet. Gnade zu fordern hat kein Mensch das Recht, und um Gnade zu bitten, hat kein anrechter Mensch Anlaß. Aber Recht zu fordern, ist jedermanns Recht und Pflicht. Wir können es nicht Gnade nennen, wenn man einige Opfer der Majestätsverleumdungsprozesse aus dem Kerker läßt, denn wir halten es nicht für recht, daß man ihnen um eines Wortes willen ihre Freiheit genommen hatte. Unrecht kann aber nur gut gemacht werden durch Volksrecht, nicht durch Fürstengnade.

Wörmann und Tappelskirch.

Die Frankf. Stg. erklärt, daß den Dementis der Wörmann und Konjorten kein Anspruch auf Glaubwürdigkeit beizumessen sei; eine genaue Nachprüfung würde wohl ergeben, daß sie falsch seien, und man habe sie daher auch nicht an die Wähler gebracht, gegen deren Mitteilungen sie sich richteten. Wie die Tappelskirch'schen Geschäfte beurteilt werden, fenneichnet am besten die Drohung von Wörmann, die Zeitungen zu verlegen, welche seine Firma mit der Firma Tappelskirch in Parallele stellen. Und das, obgleich das Wörmann'sche Verleumdungsmittel noch weit einträglicher sei; heisse es doch, daß die Gesellschaft mit beschränkter Haftung Wörmann im vorigen Jahre über 70 Prozent Dividende verteilt habe. Die Firma Tappelskirch habe nicht nur in ihren Geschäften mit dem Reich enorme Uebergewinne gemacht, sondern die Versorgung, deren sie sich bei allen Verwaltungen für Dienstleistungen nach den tropischen Gebieten erfreute, in gleicher Weise ausgebaut. Dafür seien ja schon verschiedene Beispiele mitgeteilt worden. Ihr liege die Zufuhr eines Teilmehrs der China-Exportation vor, aus der sich ergibt, daß damals unter den Offizieren und Beamten, die für den Bezug der notwendigen Bedarfsartikel ganz auf die Firma Tappelskirch angewiesen waren, vielfach Erbitterung über deren unerhörte Preise herrschte.

Die beiden Hebbachfirmen wurden ferner von dem Reichstagsabgeordneten Erzberger in einer Zentrumsverammlung in Hagen scharf unter die Lupe genommen. Erzberger führte u. a. aus:

„Er habe es zuerst auf anderem Wege als auf dem breiten Öffentlichkeit verurteilt, die leitenden Stellen auf die Missethäter auf dem kolonialen Gebiete aufmerksam zu machen. Wenn aber die von ihm angegriffenen Personen durch Orden und höhere Titel ausgezeichnet werden, so sei es eines Volksoberhauptes Pflicht, mit goldener Mündigkeit vorzugehen. Es sei nicht zu haben, daß einzelne sich bereichern auf Kosten der Gesamtheit. Sehr stark aber sei es, wenn dem Reichstag auf seine Forderung der Verlegung der Tappelskirch-Verträge nur ein Teil der Positionen (355) vorgelegt wird, während 50 oder 100 vieleicht fehlen. Er könne es einem Minister nicht übel nehmen, wenn er sich an Geschäften beteilige, zumal ein Ministerhofen ein so unsicherer Boden sei, daß sich auf ihm eine Kritik kaum begründen lasse. Aber die stärksten Bedenken müsse man gegen eine solche Beteiligung haben, wenn offensichtliche Verordnungen einer Firma derartig stattfinden, daß der Wettbewerb anderer Firmen ausgeschlossen sei. Wie sehr man in leitenden Kreisen auf dem Grundbause stehe, daß kein Beamter sich an geschäftlichen Unternehmungen beteiligen dürfe, geht aus folgendem Falle hervor: An ihn, den Redner, sei telegraphisch ein Oberpostassistent in Weg herangetreten, der kränzlich gewesen und vor der Pensionierung gestanden habe. Dieser Mann habe ihn um Fürsprache beim Minister gebeten, daß die Frau des Beamten noch vor dessen Pensionierung ein Geschäft eröffnen dürfe, damit nach der Pensionierung die Lage der Frau eine bessere sei. Der Redner habe abgelehnt, und Redner mußte ihm recht geben. Man stelle dieses Beispiel gegenüber dem, was in der letzten Zeit in der Presse erzählt worden. Zwar habe die Firma Wörmann erklärt, sie werde alle diejenigen Zeitungen verlegen, die sie neben die Firma Tappelskirch stellen; allein diese Wörmann'sche Empfindlichkeit sei um so auffälliger, als bekanntlich Tappelskirch in Berlin der Agent der Firma Wörmann sei. Somit müsse doch das Verhältnis von Firma und Agent ein derartiges zu sein, daß erstere nicht von letzterem abridet. Anders könnten die Zeitungen beruhigt sein: Wenn erst einmal über die Firma Wörmann alles bekannt geworden sei, so werde man sehen, daß Tappelskirch ein Waffenkase gegen Wörmann sei. Das Zentrum sei für die sofortige Verlegung solcher Verträge, die sich nicht mit der politischen Moral vertrügen.“

Die Zukunft wird ja lehren, ob das Zentrum, das die Gaudischaud an der kolonialen Wirtschaft infolge seines Vermittlungsfähers miträgt, in Zukunft wirklich ernsthaft der kolonialen Standalone zu sein gedenkt. So sehr wahrheitsförmig ist das trotz der energischen Worte des Herrn Erzberger noch nicht.

Massenbestrafungen

sind nach einer Nachricht des halbesbüßigen Volke-Angeheers von der Firma Bobbielst-Dumiller u. Tappelskirch verurteilt worden. Auch nach andere Offiziere der Schutztruppe, so teilt das Blatt mit, haben zur Firma von Tappelskirch fremdschiffliche Beziehungen unterhalten, die zu nicht billigen Kreditgewinnungen führten. Da der Major Fischer wegen solcher nicht billigen Kreditgewinnungen in Unterhändler-Gefangnis lag, diesen alle die anderen Offiziere der Schutztruppe, die aus dem tiefen Brunnen schöpfen, demnach in sicheren Gewissraum gebracht werden. — Auffällig ist, daß gerade im Berliner Lokal-Anzeiger solche Nachrichten veröffentlicht werden, die auf den Bobbielst-Ringel wie Sprengminen wirken müssen. Der Lokal-Anzeiger war bis vor wenigen Tagen das Organ des Landwirtschaftsministeriums; jetzt scheint sich jene Regierungskreise seiner zu bedienen, die gegen den jähren Kollegen einen Kampf auf Tod und Leben führen.

Der Kaiser hat noch immer nicht entschieden!

Verleumdung von Nürnberg überfallen.

In Nürnberg hat ein Streikführer, auf einen Leiter des Metallarbeitervereins in der Autonomistischen Union geschossen, als dieser friedensförmig zwischen den provozierten Künftigen und Streikbrechern vermitteln wollte. Der Würder schoß auf sein Opfer, als dieser gerade herbeizöge, sein Friedenswerk zu beginnen. Der in die Brust getroffen wurde sich um, da feuerte der Mordbube noch zwei Schüsse in den Rücken des schon auf den Tod munden Mannes! Man trug den Schwerverletzten, den Vater von vier Kindern, ins Krankenhaus.

Der Würder wurde verhaftet. Im Krankenhaus starb das Opfer des Mordbuben. Der Würder aber wurde aus der Haft entlassen! Tausende und Abertausende von Klassenangehörigen gaben dem von ruchloser Hand getöteten Mitkämpfer das letzte Geleit. Nach dem Begräbnisse gingen sie unter dumpfem Trommelgeläute an der Fabrik vorbei, in welcher der Totschlag tobte, der den Anlaß zu dem tragischen Vorwurfsmissen gab.

Da erkrankte er. Da der Würder ist aus der Haft entlassen! Die Menge flaute sich, dumpfer Groll scholl in ihr empor. Aber die Polizei sorgte für „Ordnung“. Sie jagte die Leute fort. Was wollte man noch?

Der Würder war ja aus der Haft entlassen! — Da nahm ein zweiter Streikführer einen Dolch und stieß ihn in einem Streikposten in die Brust. Nur der Zufall, daß das Mordinstrument an einer Rippe abglitt, verbandt dieses andere Opfer einer ungeheuerlichen Verrohung sein Leben. Auch der zweite Schandbube wurde verhaftet. Am anderen Tage aber wurde auch er aus der Haft entlassen! — Der dumpfe Groll der Massen läßt sich in helle Empörung auf „Wut“ rufend gehen sie vor die Fabrik, zogen sie auf den Schaulplatz ihrer Schandtat.

Da griff die Polizei „fester“ zu und gestrennte die Menge erneut.

Für den Freitag abend traf die Polizei ihre Vorbereitungen. Fast die gesamte Schuttmannschaft Nürnbergs zu Fuß und zu Pferde, an die 100 Mann, war aufgezogen, um die Regensburger Straße zu „säubern“, in der die Fabrik liegt. Als wieder Demonstrationen herannahen, lösch nach den vorliegenden Zeugnissen die Schuttmannschaft ein. Aber die Menge wich nicht, sondern verteilte sich! Aus den Wirtschaften, in welche sich die Leute geflüchtet hatten, wurde auf die Polizei mit Gläsern, Flaschen und Steinen geworfen.

Die Beamten drangen darauf in die Wirtschaften ein und räumten diese. Es kamen etwa 30 Verletzungen von Zivilpersonen vor; auch mehrere Schulpule wurden verlegt.

Gegen 1/11 Uhr rühte, wie wir schon am Sonnabend mitteilten, ein Bataillon Infanterie an und sperrte die Regensburger Straße ab.

Zehn Schulpule sind durch Messertische und Hiebe verlegt, einigen Schulpulen ist die Uniform vollständig zerrissen worden. Zehn erheblich verletzte Ausbeiserte haben in Krankenhäuser Aufnahme gefunden. Eine größere Anzahl weniger schwer Verlegter entzog sich der ärztlichen Behandlung. Man schätzte ihre Zahl auf 200. Ein 19-jähriger junger Mann, der angeblich aus einem Wirtschaftszimmer einen Revolverstich auf einen Schulpule abgab, wurde verhaftet.

Die Frankfurter Zeitung gibt an, daß ein zwölf-jähriges Mädchen bei der „Beruhigungsarbeit“ der Polizei erschossen worden sei. —

Militär und Polizei gegen eine mit Recht empörte Menge! Der Würder aber ist entlassen!

Wieder ein „lästiger“ Ausländer.

Die Polizei in Düsseldorf und die Düsseldorf'sche Justiz (siehe die untenstehende Notiz „Preussische Gerichtswesen“) geben einander nichts an. Unter drossigen Parteibild bringt als Beweis hierfür folgende Mitteilung:

„Vest da an der hiesigen Verhinderung unter italienischer Genosse V. Garatti als Sprachlehrer Teileite kein Anarchist oder sonst ein lästiges Bombenverurteiler, sondern, wie wir im persönlichen Verkehr mit ihm wiederholt zu erfahren Gelegenheit hatten, ein sehr friedlicher und harmloser Mensch. Dieser Ausländer erhielt eines Tages den Ausweis aus der hiesigen Stadt. Es wurde ihm eine Frist von acht Tagen gesetzt, binnen welcher er den göttlichen Wästen Preussens den Rücken zu kehren hätte. Ging er nicht, wurde ihm der Schuh angedroht. Unterzeichnet war das Schriftstück vom liberalen Manne in Düsseldorf, Dr. Müllins.“

Unser Ausländer ging zur Polizei, um etwas zu erfahren, was so halbwegs nach Begründung einer Maßnahme ausfö, die Erntzen eines Menschen mit einem Federstrich vernichten. Hier entwickelte sich zwischen ihm und dem polizeilichen Daudam, dem er in die Hände lief, ungebühr folgendes Gespräch: „Weshalb bin ich ausgeniesen?“ — Für ihre Lätigkeit! — Was heißt das, Lätigkeit?“ — Sie haben sich mit Politik beschäftigt und sich in die Bewegung gemischt; auch Verleumdungen abgegeben. Sie sind Sozialist! „Gewiss, ich bin Sozialist.“ Wir haben deren gegen in Deutschland, wir brauchen keine ausländischen Fännen lästigen in Deutschland bleiben; wo gebanten Sie hinzuziehen?“ Auf die letztere Frage bekam der Wäbigere natürlich keine Antwort. Unser Genosse hatte das Gefändnis, das er zu besten wünschte.

Selbstverständlich wurde gegen die Verfügung Beschwerde eingelegt. Es wurde in ihr hervorgehoben, daß Genosse G. gegen kein Gesetz des preussischen Staates oder des Deutschen Reiches verstoßen habe, daß er ruhig seinem Berufe nachgehe und niemals politisch sich betätigt habe, daß die Verfügung schlicht ungerechtfertigt sei und ihn wirtschaftlich auf das schmerzhaft schädliche, ja ruinäre. Prompt erhielt er vom Regierungspräsidenten, einem frommen Katholiken und daher Anhänger der ausgleichenden und legalen Gerichtswesen, den

Befehl, daß die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen werde. Gründe wurden nicht angegeben. Was war nun das Verbrechen des Genossen Garatti? Er hatte unter seinen italienischen Landesgenossen, die als Erd- und Hilfsarbeiter in Düsseldorf tätig sind, einige Male in kleineren privaten Zirkeln dargetan, wie jene sich beim Arbeitsverbot betr. der Anwaltsberufen, bei Einziehung von Lohnforderungen am Gewerkschaften und in ähnlichen Fällen zu verhalten haben; um zu ihrem Rechte zu kommen. Wenn ein Arbeitgeber Ausländer kommen läßt, um sie auszubilden, ist alles in Ordnung. Findet sich aber jemand, der diese Leute über ihre fämmlichen Rechte aufstört, wird er hinausgeworfen.

Müßigheit II. und die Müßigheute. Der Kaiserliche des Wolffischen Telegraphenbureaus weiß zu erzählen, daß im Fort zu Müßigheute in Gegenwart des Kaisers Broten mit einer quellenfindenden Müßigheute gemacht worden sind, die „besten Erfolg“ gehabt haben sollen. Die Wolf. Stg. erinnert aus diesem Anlaß an eine Erklärung, die von dem bedeutendsten deutschen Geologen vor drei Jahren veröffentlicht wurde, welches dem Glauben an solche Müßigheuten mit dem Wäfriden und dem Glauben auf eine Stufe stellt. Sie hätten, heißt es in dieser Erklärung, keinen Anlaß, auf abergläubische und längst widerlegte Behauptungen einzugehen. — Und nun sollen die Broten mit der Wunderkraut (mit der ja auch der Landrat v. Usler unter Beisteh der Kolonialbehörden in Südwestafrika „Wasser trinken“) im kaiserlichen Park und in Annahme des Kaisers „besten Erfolg“ gezeitigt haben. Die Wolf. Stg. lächelt verständnisvoll auf dieser Nachricht und nimmt an, der Kaiser hätte das gleiche getan. Ebenfalls läßt sich, daß Müßigheutenmänner, Gelehrter, Geistlichen, Anhänger der sogenannten „ästhetischen Wissenschaft“, in preussischen Hofkreisen durchaus keine seltenen Erscheinungen sind.

Einem kleinen Beitrag zur Erziehungfrage, die unseren Mannheimer Parteitag beschäftigt wird, liefert Heinrich Steinhäuser im Lsg. Er hat an einem Schreibeseit für Mädchenkulturen einen Kalender „vaterländischer Gedenktage“ entworfen, der nicht weniger als neunzig Zahlen über Kriege, Schlachten und Expeditionen enthält. Herr Steinhäuser ist ein Patriot, democh will ihm diese Art, vaterländische den Mädchenkulturen einzuflößen, nicht gefallen. — Die bürgerliche Presse zeter allfährlich über sozialdemokratische Revolutionskalender, weil sie die Namen jener menschlichen Opfer nennen, die im Kampfe für oder gegen die Freiheit gefallen sind. Diese Kalender sind für erwachsene, denkende Menschen bestimmt; oder so blutig wie die Streckenrapporte des preussischen Patriotismus, die auf den Schulheften für kleine Mädchen geliefert werden, sind sie gewiß nicht.

Der Bankrott der preussischen Polenpolitik. In der Haupt-Verammlung des deutschen Dinarcken-Vereins wurde in einer Besprechungs-Sitzung festgestellt, daß die Deutschen in den Jahren 1896 bis 1903 an die Polen rund 50 000 Hektar Land verloren haben, das macht ja 1 Prozent der Gesamtfläche. Kläglich kann das Resultat der preussischen „Ranichens“-Vernichtungspolitik wohl nicht hingestellt werden. Das hindert aber nicht, daß die Regierung in blinder Wut auf neue Unterdrückungsmaßregeln sinnt.

Fort mit dem Majestätsverleumdungs-Paragrafen! Die Krefelder Strafkommission verurteilte einen Gruben, der wegen Majestätsverleumdung angeklagt war, zu zwei Monaten Gefängnis. Der Gruben, der auf einem Dorfe in der Nähe Krefelds in Arbeit stand, verkehrte früher hin und wieder in der Familie eines Werkmeisters, der in dem nämlichen Betriebe in Stellung war. Die Freundlichkeit war aber vorbei, als der Werkmeister mit seinem Chef in Differenzen geriet. Des Werkmeisters Frau teilte der Polizei mit, der Gruben habe vor mehr als einem halben Jahre in ihrer Gegenwart beleidigende Äußerungen über den Kaiser getan. Der Gruben bestritt ganz entschieden, sich in einer solchen Weise geäußert zu haben, er bezeichnete die Anzeige mit Recht als einen schändlichen Nachakt. Es wurde aber Anklage erhoben; sonstige Zeugen waren nicht vorhanden, das Weib hielt seine Aussagen über Eid hoch und sagte noch hinzu, der Angeklagte sei Sozialdemokrat, der den Vorwärts abonniere“. Dem Angeklagten wurde von der Behörde und von seinem Arbeitgeber das beste Zeugnis ausgestellt; trotzdem erfolgte die Verurteilung für Worte, die er nach seiner Ueberzeugung nie gesprochen hat.

Einem, dem der Boden unter den Füßen zu heiß wird. Oberst Döbergs vom Oberkommando der Schutztruppe hat, wie der Frei. Stg. mitteilt wird, um seinen Weisheit nachgedacht. Das angeführte hält es für ausgeschlossen, daß dem General ein Attentat gegeben wird, bevor die schwebenden Untersuchungen beendet sind.

Preussische Gerichtswesen. Dem Genossen G. wurden, als Berichterstatter jenes Düsseldorf'scher Parteitag, was von dem Landgerichtspräsidenten Wolf die Berichterstatter entzogen worden. Unserem Genossen wurde zur „Laf“ gelegt, einen Bericht über einen Prozeß nicht objektiv wiederzugeben zu haben. Es handelte sich um den Prozeß gegen den Redakteur Schotte jenes Düsseldorf'scher Parteitag, in welchem ein Entlassungsbescheid wegen Verdachts des Meineids verurteilt wurde. Bekanntlich mußte das Vergehen gegen den Verurteilten eingestuft werden, weil sich dessen vollständige Unschuld herausgestellt hat. Der Justizverwaltung war aber in dem Bericht die Blamage vorhergesehen worden, und das war der Anlaß zu dem Vorgehen des Berichtspräsidenten. Interessant war nun, daß Genosse G. auch an dem Zustande-kommen dieses Berichtes ganz unzufrieden war; seine Feile hatte er zu demselben beigetragen. Genosse G. erhob Beschwerde gegen die Verfügung des Berichtspräsidenten, doch wurde dieselbe von dem Präsidenten des Kölner Oberlandesgerichts zurückgewiesen. Doch auch mit dieser Entscheidung war unser Genosse nicht zufrieden, er wandte sich an den Justizminister, weil er nicht begreifen konnte, daß man im Lande der vollendetsten Rechtsprechung jemand für etwas bestrafen kann, was er nicht getan. Auch der Justizminister hat aber — nach Prüfung des Sachverhalts, keinen Anlaß gefunden, die betreffenden Verfügungen im Aufstichswege abzuändern. Es ist in Preußen alles möglich!

„Schorsam“ um jeden Preis. Vor dem Obertribunalgericht des neuen Reiches in Hamburg stand dieser Tage der inwägen wegen eines färrerlichen Fehlers aus der Disposition der Erbschaftsbescheide entlassene Kommerz R. der bis zum letzten in Garburg gebürt hat. Am 11. Juni hatte die Kommerzial-Badunterricht. B. befand sich im Auslande im Dezember der Baden-Anstalt. Da er bestige Schmerzen in der Magenenge gehabt, hat er den dienftunfähigen Verant, ihm vom Schwimmen zu dispensieren. Der Verant ließ B. von einem Sanitäts-gelehrten unteruchen, der nach flüchtiger Untersuchung erklärte, daß B. nichts fehle. Hierauf befohl der Deutnant dem B., sich auszuliefern. B. gehorchte dem Befehl nicht, mit der Motivilierung, daß er tatsächlich sich zu einem nicht, um schwimmen

Wahlrechtsbewegung und Massenstreik.

Unserem Parteiblatt in Frankfurt a. M. sind aus Genossenkreisen Anregungen gekommen, welche die Hinleitung der Wahlrechtsbewegung auf praktische politische Ziele bezwecken. Die Redaktion unseres Frankfurter Brudersblattes hat diese Anregungen zu folgenden Sätzen zu veröffentlichen gesucht, die sie zur Debatte auch für den Parteitag in Mannheim stellen möchte:

Die nächste und dringende Aufgabe des deutschen Proletariats ist die Erstärkung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften aller deutschen Bundesstaaten und vor allem Preußens. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in den Einzelstaaten bedeutet die endliche Sicherung des ständig bestehenden Reichswahlrechts, die Unterstellung der Reichspresse, der Verwaltungs- und Untergerichtsbarkeit unter die parlamentarische Mitkontrolle der Arbeiterklasse und die lebenslange Anteilnahme des Volkes an den Arbeitsverträgen, die von den Regierungen über die Bundesstaaten in Staatsbetrieben beschlossene Arbeiter geist werden. Die Gewährung des Koalitionsrechtes an die ländlichen Proletariate wird sich nicht mehr verzögern lassen, sobald das Volk die ländlichen Herrenmänner, das preussische Dreifasswahlrecht, gestürzt sein wird. Insbesondere bedeutet die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen die beginnende Umwertung der deutschen Verfassung unter der Führung der Demokratie, deren fester Bestandteil die notwendige Vorbedingung einer in gesetzlichen Bahnen sich bewegenden Umgestaltung der Gesellschaft nach den Forderungen des Sozialismus bildet. An der Erreichung dieses Zieles sind die beiden wichtigsten Zweige der Arbeiterbewegung, Partei und Genossenschaft, in gleich hohem Maße interessiert. Nur der Kampf naturgemäß zunächst von den politischen Organisationen jener Einzelstaaten geführt werden, in denen das gleiche Wahlrecht noch nicht besteht, so kann er doch nur dann erfolgreich geführt werden, wenn die im Vorfeld stehenden Organisationen der stärksten Anteilnahme und — erforderlichenfalls — der operativen Unterstützung des gesamten kämpfenden, politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletariats sicher sein dürfen.

II.

Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts kann in Preußen auf gesetzlichem Wege erfolgen, wenn sie vom Abgeordnetenhaus befohlen wird, und der Beschluß von Herrenhaus und Krone bekräftigt wird. Die Regierung, das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus sind heute noch in der Ablehnung unserer Forderungen einig. Sie vermögen aber diese Ablehnung nicht mehr mit Gründen der Vernunft, der Sitte und des Rechts zu begründen, sondern nur noch durch brutale Gewalt zu verteidigen. In den Verhandlungen des Reichstags und des Landtags haben sich das Zentrum, die beiden fernliegenden Parteien und die Polen für das gleiche Wahlrecht erklärt. Die Nationalliberalen erklären sich dagegen, aber ebenso auch gegen das bestehende Dreifasswahlrecht, das demnach über eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht mehr verfügt. Wir haben also drei Gruppen zu unterscheiden, die für das allgemeine Wahlrecht sind, nicht die Einführung in die Berechtigung unserer Forderungen, denn, wohl aber der Wille, für sie in Anspruch und mit aller Energie einzutreten; auf der anderen Seite die der unbedingten Wahlrechtsfeinde, bestehend aus den beiden konservativen Fraktionen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen, ein völlig unentschiedenes Gremium von Nationalliberalen steht in der Mitte. Zögern vorwärts zu treiben, Schwänzen mitzutreiben oder niedersinken, Widerstrebende mit allen brauchbaren Mitteln zu bekämpfen, ist die gebotene Taktik der Wahlrechtsbewegung. Jede Hilfe, mag sie dem Zwang der Umstände oder freiem Willen entspringen, wird der Wahlrechtsbewegung willkommen sein. Sie muß darauf hinarbeiten, das preussische Abgeordnetenhaus derart zu beeinflussen und in feiner Parteiarbeit umzuwandeln, daß von seiner Mehrheit ein, wenn auch nur notwendiges, so doch

wirkames, weil von einer gewaltigen Volksbewegung unterstütztes Entzinnen für das Wahlrecht erwartet werden kann. Diesen Grundgedanken muß auch die Agitation und Taktik der Partei bei den nächsten Landtagswahlen entsprechen.

III.

Eine Möglichkeit zur gleichzeitigen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen einzelstaatlichen Parlamenten bietet die Reichsverfassung, die durch den Beschluß und die verbindlichen Verfügungen umgestaltet werden kann. Die Handlungen und Unterstellungen der verbündeten Regierungen unterstützen der Zeit der Landtage. Damit ist den Landtagen des gleichen Wahlrechts Gehörigkeit geboten, auf die Unmöglichkeit der bestehenden parlamentarischen Wahlrechtsverhältnisse hinzuweisen und auf ihre Beseitigung im Sinne der sozialdemokratischen Wahlrechtsforderung zu drängen. Bei Reichstags-Entscheidungen wird die Haltung der Kandidaten in der Wahlrechtsfrage von ausschlaggebender Bedeutung sein.

IV.

Beweist der Versuch, der bis zu den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen fortgesetzt werden soll, vor aller Öffentlichkeit klar und unabweislich, daß der offene oder heimliche Widerstand der Parteien oder Regierungen jede Möglichkeit eines friedlichen Fortschreitens ausschließt, so wird es die Pflicht aller Faktoren der Arbeiterbewegung sein, den politischen Massenstreik zu organisieren und zu proklamieren. Die allgemeine Arbeits Einstellung wird dann so oft nach den notwendigen Ermahnungen in möglichst weitem Umfange zu wiederholen sein, bis die berechtigten Forderungen erhoben, die Ziele und Forderungen eines einheitlichen, freien, politischen, kämpfenden Volkes Erfüllung zu gewöhnen gezwungen sind, wenn sie nicht die Desorganisation des gesamten Staatswesens als Folge ihres unermühtigen und volksfeindlichen Verhaltens verschaffen wollen. Diesen Grundgedanken entsprechend, von denen nur unter dem Zwange nicht vorübergehender außerordentlicher Ereignisse abgegangen werden soll, ist es Pflicht aller Genossen, die Massen fortgesetzt darüber aufzuklären, daß

1. die sozialdemokratische Partei zum Zwecke der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten alle Mittel einer friedlichen Politik zu erschöpfen bereit ist, daß aber
2. sobald diese Mittel erschöpft sind, die Organisation und Proklamierung des politischen Massenstreiks zur unbedingten Notwendigkeit werden wird.

Unser Frankfurter Parteiblatt schreibt noch zu diesen Sätzen: Soweit unsere Vorschläge, die, wie gesagt, vielfach aus Genossenkreisen herkömlich und mündlich an uns gelangen können, zu erörtern. Sie sind nicht gering, die Ziele und Forderungen eines einheitlichen, freien, politischen, kämpfenden Volkes sind selbst gegeben, haben zu stellen, sowie ein allen sichtbar, aber auch erreichbares Ziel für die Opfer aufzuheben, die gebracht werden müßten. Damit seien die berechtigten, Behaupten der Genossenschaft hinweis, und es wäre eine praktische Einigung erzielt auf ein Ziel, das wohl von allen, gewerkschaftlich wie politisch Organisierten, mehr rechts oder mehr links in der Partei stehenden, als der außerordentlichen Aufmerksamkeit würdig erscheint. Die unerlöste Debatte über den Massenstreik wäre in ein sicheres und festes Bett gelegt, in dem sie dahinstreifen kann mit aller Macht und Kraft, die ihr das Volk geben will, in dem sie gehalten werden kann, ohne Stürzen zu scheitern, die wir nicht anzubauen haben, und in dem sie ihre ganze Macht nicht ausschließlich gegen das große Hindernis preussisch-deutscher Kultur-Entwicklung, gegen die Dreifasswahl und das preussische Wahlrecht in den Einzelstaaten.

Wir können uns mit den Ausführungen unseres Frankfurter Brudersblattes nicht in allen Punkten einverstanden erklären. Vor allem haben wir sehr ernste Bedenken, ob es gelingen wird, die Massen zu einem aggressiven Vorgehen in Wahlrechtskämpfen zu begeistern. Die politische Stumpfheit und Gleichgültigkeit der breiten, unangeführten Massen ist, das

darf nicht verschwiegen werden, leider noch so groß, daß man sie nach unserer Überzeugung schwerlich zu einem politischen Massenstreik mit Angriffskarakter hinführen kann. Anders liegt nach unserer Meinung die Situation, wenn es sich darum handeln würde, einen defensiven Massenstreik im Falle einer Bedrohung des Reichstagswahlrechts zu indizieren. Denn zur Verteidigung vorhandener Rechte werden sich die Massen eher begeistern lassen. Auch möchten wir der Aufstellung entgegenstehen, als ob das freie Wahlrecht das einzige Mittel sei, das uns unserem Ziele entgegenführen könne. Denn in den Staaten, wo schon heute das freie Wahlrecht besteht, erheben Kapitalismus und Reaktion noch genau so ihre Haupt wie vorher, nur daß sie sich nicht solcher brutalen Mittel bedienen, wie z. B. im Junkerstaate Preußen.

Parteigenossen von Halle und den Saalkreis.

Der diesjährige Parteitag findet am Sonntag, den 9. September, vormittags 10 1/2 Uhr in Osmünde im Angustianischen Lokale statt.

Wahlkämpfe Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Vertrauensleute.
 2. Agitation und die Presse. Referent: Genosse Ad. Litzke.
 3. Der Parteitag in Mannheim und Wahl eines Delegierten.
 4. Der Bezirkstag und Wahl der Delegierten.
 5. Anträge.
- Ermöglichte Anträge zur Tagesordnung sind baldigst einzuliefern, damit dieselben veröffentlicht und behandelt werden können. J. A.: Heinrich Labert, Parteisekretär.

Halle und Saalkreis.

Salle, 27. August.

Wahlberechtigung.

Vom 1. bis 15. September liegen im Bureau für Wahlan gelegenheiten, Gr. Märkerstraße 22, eine Kette links, die Listen der bei den Stadtverordneten-Wahlen Stimmberechtigten aus. Der vorigen Jahr nicht wahlberechtigt war, oder vor dieses Jahr erst wahlberechtigt geworden ist, oder vor dem vorigen Jahr wahlberechtigt war, dieses Jahr aber keinen Stimmzettel erhalten hat, mag Einbitte in die Wählerliste nehmen oder durch das Parteisekretariat, Satz 42, nehmen lassen.

Benudete Sammlung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt bekannt:

Wie bereits durch die Tagespresse bekannt geworden ist, sind die Aufzeichnungen der Buchbinder und der Lithographen und Steinbruder beendet. Die Sammlungen für die genannten Berufsgruppen sind infolgedessen anzufordern. Alle Sammelgeber, welche sich noch im Besitz der Generalkommission und sonstigen Sammelstellen befinden, müssen gemäß des Beschlusses des fünften Generalkongresses an die Generalkommission abgeben werden.

Guten Appetit!

Auf eine Offerte in der Berliner Markthallen-Zeitung, welche Vertreter für den lohnenden Vertrieb einer Ware suchte, meldete sich ein hiesiger Kaufmann. Er erhielt darauf von der Margarine-Firma Carl G. Weber in Hamburg ein Schreiben, dessen Schlußsatz lautet:

Wir liefern in unserer Marke Edel, geistlich geschützt, ein anerkannt hochwertiges Produkt und zweifeln nicht daran, daß es Ihnen gelingen wird, unsere Fabrikate der Ihrer Surroundschaft bekannt zu machen.

Nur Margarinefabrikation, Tafelkäse usw. Befassen wir uns mit Aufarbeitung von Staudutter, Allfalter Butter usw. auf rein mechanischem Wege nach eigenem Verfahren und erzielen dabei eine ganz wesentliche Verbesserung des Geschmacks. Falls Sie Ge-

Arbeiter, trinkt nur Bier zu alten Preisen!

Kleines Feuilleton.

Unser Stadttheater wird, wie schon früher mitgeteilt wurde, am Sonntag, den 13. September, die Spielzeit von 1906-1907 eröffnen. Die Dauer der Spielzeit ist bis zum 1. Mai 1907 festgelegt worden. Aus dem Personalverzeichnis, das von der Direktion veröffentlicht wird, geben wir folgendes wieder:

Direktion: Max Richards, führt die gesamte Oberregie, insbes. die Regie der großen Oper.
Regie und Bühnendirektion: Carl Schönlank, Oberregisseur des Schauspiel und Dramatiker, (rengogiert). Theo Rosen, Regisseur der Oper, (rengogiert). Fritz Berend, Regisseur des Lustspiels und der Operette, (rengogiert). Carl Schönlank, Regisseur der Rolle und des Balletts, (rengogiert). Adele Stäbber-Breit, Ballettmittlerin, (rengogiert). Gertrude Litzke, erster Kapellmeister, (rengogiert). Eugen Gottlieb, Kapellmeister, (rengogiert). Leo Köpfer, Kapellmeister und Chorleiter, vom Stadttheater in Magdeburg. Julius Kapferle, Solo- und Ballettrepitor.

Darstellende Mitglieder. Oper und Operette: Dame: Hedwig Scholl, hochbegabte Sängerin, (rengogiert). Irma Fiediger, jugendliche Sängerin, (rengogiert). Sophie Wolf, jugendliche Sängerin, nach erfolgtem Gastspiel. Alice von Boer-Gruell, Koloratursängerin, (rengogiert). Willy Wolbes, Opern-Soubrette vom Stadttheater in Weß. Gabriele Klein, Operettensängerin vom Hoftheater in Oldenburg. Herta Grimm, Wälfen, (rengogiert).

Herren: August Gohl, Heldentenor, vom Stadttheater in Erfurt. Carl Mejer, jugendl. Heldens- und Lyrischer Tenor. Fritz Gajewski, lyrischer und Spiel-Tenor, (rengogiert). Alfred Landow, Tenorsopran, vom Stadttheater in Nürnberg. Guaydy Sabido, Spiel-Partion, vom Stadttheater in Koblenz. Ernst Büchtemann, Soubrette-Tenor, nach erfolgtem Gastspiel. Theo Rosen, Bariton- und Bass-Partier, (rengogiert). Max Birhoff, tenorischer Bass, (rengogiert). Albert Rimmom, Bassist, (rengogiert). Hermann Wähle, kleine Basspartien.

Schau- und Lustspiel, Komik: Damen: Fanny Wagner, erste Heldin, Liebhaberinnen und Salonbade. (rengogiert). Helene Kottler, jugendliche Heldin und Entenmutter, vom Stadttheater in Berlin. Maria Scholma, Intimität und jugendliche Liebhaberinnen nach erfolgtem Gastspiel.

Hermine Hollmann, jugendliche Liebhaberinnen und Naive. Haja Raabner-Hagedorn, komische Alte und Mütter, (rengogiert). Marie Wandoon, Heiden-Mütter und Antikdramen, (rengogiert). Herren: Ernst Gode, erster Held und Liebhaber, nach erfolgtem Gastspiel. Wilhelm Domske, jugendlicher Held, (rengogiert). Werner Eitner, jugendlicher Heldentum und Liebhaber, nach erfolgtem Gastspiel. Richard Witzthohn, jugendl. Charakter, vom Stadttheater in Wlauen. Carl Staudera, jugendlicher Komiker und Liebhaber, (rengogiert). Walter Eien, erste Charakterrollen, (rengogiert). Robert Rammendorf, Charakterrollen, (rengogiert). Rudolf Kersch, Scharen. Wilhelm Rühms, Heldentum, vom Stadttheater in Offen. Carl Schölling, humorist. Väter, (rengogiert). Theo Rosen, Charakter- und Präsentationsrollen, (rengogiert). Fritz Berend, Kom. Gesangs- und Charakterrollen, (rengogiert). Alfred Landow, (i. Oper) jugendl. Kom. Rollen, Charakterrollen und Charakter. Herb. Amberg, Georg Jung, Emil Bühler, Charakter.

Ballett: Adele Stäbber-Breit, erste Solotänzerin und Ballettmittlerin, (rengogiert). Heini Damen Corps de ballet. Orchester: Eigene Kapelle von 40 Musikanten. Chor: 18 Herren, 18 Damen. Chorleiter: 20 Herren (zur Verstärkung bei großen Opern). Choristale: 40 Herren, 30 Damen.

Die hier festgesetzte Besetzung soll nur eine Richtlinie für das Publikum über das engagierte Personal abgeben, nach letzteres ohne lichte Festbestimmung verpflichtet wurde. Der Spielplan-Eintritt, der allerdings von der Direktion ohne Gewähr geplant gegeben wird, stellt folgende Stücke in Aussicht:

Opern und Operetten: Salome von Richard Strauss. Der polnische Jude. Volksober in 3 Akten, Musik von Carl Weis. Raute-Gold, Kom. Oper in 1 Akt von Eugen d'Albert. Hieronymus, musikal. Komödie von Adolph Göhl. Die Schöneleite, Operette in 3 Akten von Edmund Kelder. Der Araber. Operette in 3 Akten von Edmund Kelder. Die lustige Witwe, Operette in 3 Akten von Franz Lehár.

Neu-Einstudierungen: R. Wagner: Vödenrin, Tannhäuser, Die Meistersinger von Nürnberg, Der Ring des Nibelungen. W. A. Mozart: Don Juan, Giacomo Meyerbeer: Robert der Teufel. Die Jüngelien, Die Hugenotten. Carl Gumbert: Die Gendarmen. Die Gendarmen am Rhein. Johann Strauß: Das goldene Kreuz. Camille Saint-

Saëus: Samson und Dalila. R. Leoncavallo: Der Bojazzo. G. Verdi: Jochep in Ägypten u. a. m.

Schauspiel: Kaspelien: Ernst von Wildenbruch: Die Weber, Schönlank (mit Max Richards), jetzt im Gastspiel. Rudolf Herzig: Die Gendarmen, Schauspiel in 4 Akten. Carlo Goldoni: Der Fächer, Lustspiel in 3 Akten. Otto Erich Hartleben: Im grünen Baum zur Nachtigall, Stübchenstück in 3 Akten. Kurt Kraus: Die Doppel-Ehe, Schwank in 3 Akten. Albert Kästner: Der Schwarzkämmler, Lustspiel in 3 Akten. Wervolle Komödien nach dem Erfolg der ersten Aufführung.

Ausstattung: Ausstattung: Reithose, Wurst von Wundeloh. W. v. Goethe: Emma, Die Mitschuldigen. W. Schiller: Ein Wintermärchen, Fiedler. Die Weiber. Die Weibchen erster und zweiter Teil, Herodes und Marianna, Maria Magdalena. F. Grillparzer: Weß dem, der liegt. Otto Ludwig: Der Gefährter. Wolters-Wend: Die Schule der Frauen, Der Geißler. Otto Ernst: Jugend von heute. Max Dreyer: Der Brodelkessel.

Historischer Lustspiel: J. Hoffmann: Lustspiele seit Keilung. Werke von: Heffling, Goethe, Heffling, Koberke, Baumfeld, Kreytag, Jordan, Otto Ludwig, Geibel, Gajewski, Wendig, Wächter, Moser, Falba.

Alteit- und Ausstattungsküde: Im Reiche der Könige, Ballett.

Gefährliche Gefährte. Bis zu welchen Widerwärtigkeiten der Hygienismus in der national-liberalen Presse gelangt, zeigt die folgende Artikel in der R. a. z. g., der sich mit dem König Edward von England und seinem Abwesenheit in Mar-eben befaßt. Man liest dort Sätze wie folgt:

„Ein Hauptinteresse bringt das Kuriosum natürlich (!) der Leidenschaft des Königs entgegen. „Haben Sie ihn heute schon gesehen und was hat er angehabt, hat in die Hände der Bekannten. Um zur Verhütung der die nicht des Verlegenen teilhaftig werden, mit „Drei Gendarm“ zugleich darauf hier zu sein: der König trägt morgens weisse Hemden mit weichen er, wie ein Berliner Wälfen behauptete, das Weir bedeckt, und es jeden Tag einige Stunden regnet, Hans Weße und Jochen und weichen ganzen Hühner. Am Freitag, 1. August, hat der König von England, nach mit einem großen Hofstaat, farbiger Krone mit kleiner Brillantkette

